

Antrag Nr. 23-O-19-0016

SPD-Fraktion

Betreff:

Beteiligung Wiesbadens an bundesweiter Verkehrsinitiative "Lebenswerte Städte durch angemessene Geschwindigkeiten"

Antragstext:

Antrag SPD-Fraktion

Der Magistrat wird gebeten, zu prüfen, inwieweit eine Beteiligung der Landeshauptstadt Wiesbaden an der bundesweiten Verkehrsinitiative „Lebenswerte Städte durch angemessene Geschwindigkeiten“ möglich und umsetzbar ist.“

Begründung:

Seit Mitte 2021 setzen sich zahlreiche Kommunen dafür ein, mehr Eigeninitiative bei der Umsetzung von Verkehrsregelungen, insbesondere bei der Einrichtung von Tempo-30-Zonen, ergreifen zu dürfen. Bisher stehen dem bundesgesetzliche Vorgaben entgegen. Auch nach der kürzlich beschlossenen Änderung des Straßenverkehrsgesetzes wird es für die Kommunen keine generelle Handhabe geben, eigenverantwortlich Tempo-30-Zonen einrichten.

Hiergegen richtet sich die Verkehrsinitiative „Lebenswerte Städte durch angemessene Geschwindigkeiten“, der sich inzwischen bundesweit über 800 Städte und Gemeinden angeschlossen haben. Damit künftig auch in Naurod und anderen Wiesbadener Stadtteilen ein höheres Maß an Selbstbestimmung bei Verkehrsregelungen herrscht, erachtet es der Ortsbeirat als sinnvoll, dass sich auch die Landeshauptstadt Wiesbaden dieser Initiative anschließt.

Wiesbaden, 11.07.2023